

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Ausleger und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis für den Abnehmer: 10 Pfennige. Für den Abnehmer aus dem Ausland: 15 Pfennige. Einmalige Anzeigen 50 Pfennige. Wiederholende Anzeigen 30 Pfennige. Sonstige Preise 20 Pfennige.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1440

Nr. 40

Dienstag, den 17. Februar 1925

20. Jahrgang

Dr. Luther über die deutsche Ostgrenze

Königsberg, 15. Febr. Heute mittag wurde die 10. deutsche Ostmesse durch einen Festakt eröffnet, dem außer Reichskanzler Dr. Luther und Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus zahlreiche Vertreter der Staats-, Provinzial- und städtischen Behörden bewohnten. Oberbürgermeister Dr. Lohmeier bewillkommnete den Reichskanzler sowie die anderen Gäste mit einer Ansprache, in der er besonders den verkehrstechnischen Wünschen der Provinz Ostpreußen Ausdruck gab.

Reichskanzler Dr. Luther hielt darauf eine Rede, in der er u. a. sagte: Der Sinn der heute zu eröffnenden Ostmesse sei ein doppelter: einmal solle sie dazu dienen, innerhalb des gesamten deutschen Wirtschaftslebens die Bande immer fester und enger zu knüpfen; zum anderen aber wolle Ostpreußen mit dieser Ostmesse seine alte Aufgabe weiter erfüllen, die immer noch dem Osten gestehen habe. All das, was Ostpreußen Positives leistet, geschieht auf der Grundlage schwerer Not. Die landwirtschaftliche Bestockung des vorigen Jahres ist überaus ungünstig gewesen. Das Schicksal der Fischerei ist eine dauernde Sorge Ostpreußens. Die seitliche Epidemie hat eine Schwereigkeit hinzugebracht. Aber das Schlimmste von allem ist die gesamte politische Lage, wie sie sich für die Provinz Ostpreußen ergeben hat.

Die allg. meine Lage Ostpreußens, das verstimmt und von seinen Schwesterprovinzen und dem Mutterlande abgehängt wurde, kann auch von dem größten Diktator nicht anders als außerordentlich schwierig bezeichnet werden.

Welch wirtschaftlichen und psychologischen Umwälzungen sich aus der Abschneidung ergeben, ist Ihnen allen bekannt. Sie wissen, daß der Binnenschiffahrtsverkehr durch das polnische Pommerellen völlig bariert liegt, und auch der Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland vollständig durchwegs nicht reibungslos. Einige Streitfälle werden demnächst das in Danzig für den Korridorverkehr eingeführte Schiedsgericht beschäftigen.

Wenn wir die Situation Ostpreußens im einzelnen überblicken, so erhalten wir folgendes Bild: Das Memelland ist durch den Versailler Vertrag an die alliierten Mächte abgetreten. Deutschland hat damit auf das Gebiet verzichten müssen. 1923 haben die Litauer das Memelland eigenmächtig besetzt. Die alliierten Mächte haben die Souveränität Litauens anerkannt, aber unter der Bedingung, dem Memelgebiet eine Autonomie zu gewähren. Litauen hat im Laufe des Jahres 1924 das von einer internationalen Kommission ausgearbeitete Memelstatut angenommen. Auf die Art der Durchführung konnte ich noch zurück.

Besonders schwierig sind ferner die Verhältnisse an der Weichselgrenze. Zwar hat das glänzende Abstimmungsresultat vom Juli 1920 bestätigt, daß das südliche Ostpreußen und der der Abstimmung unterworfenen Teil Westpreußens deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Leider aber sind fünf Dörfer auf dem rechten Weichselufer mit dem Hafen von Kurzebrack Polen zugesprochen.

Die Grenze, die bereits im Frühjahr 1922 festgelegt ist, verläuft so unglücklich, daß der Weichseldeich nicht weniger als viermal durchschnitten ist.

Die Frage des Zuganges der ostpreußischen Bevölkerung zur Weichsel ist, da Verhandlungen mit Polen hierüber nicht zum Ziele führten, durch die Vorkonferenz vorläufig im Dezember 1923 geregelt worden; die endgültigen Bestimmungen sind jetzt am 1. Februar in Kraft getreten. Diese Fragen sind sämtlich Gegenstand unaufhörlicher und eindringlicher Bemühungen der Reichsregierung gewesen.

In der Memelfrage hat sich die deutsche Reichsregierung, obwohl Deutschland nicht Vertragspartei des Memelabkommens ist, fortgesetzt bemüht, durch Verhandlungen mit Litauen auf baldige lokale Durchführung der Autonomie, insbesondere auf baldige Ausführung der Wahlen zum memelländischen Landtage hinzuwirken. Ich begrüße es deshalb, daß der neue litauische Herr Ministerpräsident in seiner Programmrede die baldige Vorlage eines Gesetzes über die Wahlen im Memelgebiete in Aussicht gestellt hat.

Die vielfachen Proteste und jahrelangen Verhandlungen bezüglich der Grenzführung an der Weichsel haben einen wirklichen Erfolg leider nicht erzielt. Doch ist es wenigstens gelungen, die Befestigung der Grenze so lange hinauszuschieben, bis die Regelung des Zuganges zur Weichsel erfolgt war. Aber auch diese Regelung des Zuganges zur Weichsel ist in einer Weise geschehen, die für Deutschland und Ostpreußen durchaus unbefriedigend ist.

Wenn auch die jetzt in Kraft getretenen endgültige Regelung gegenüber den vorläufigen Bestimmungen einige kleine Verbesserungen ausweist, so kann z. B. die polnische Regierung doch die einzige Ostpreußen bewilligte Anleihestelle bei Kurzebrack ohne Einverständnis mit der deutschen Regierung beständig verlegen, und auch das Schiedsgericht, das auf deutschen Wunsch bei der Regelung eingefügt ist, ist nur für die Klärung, aber nicht für die Durchführung der getroffenen Regelung zuständig.

Diese ganzen an der Weichsel so geschaffenen Verhältnisse werden aber von der deutschen Regierung als im Widerspruch stehend zum Versailler Vertrag betrachtet. Sie sind überdies in jeder Weise unnatürlich. Fünf Dörfer auf dem rechten Weichselufer, die nun zu Polen gehören, sind von allen ihren wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen abgeschnitten, und namentlich die mehrfache Durchbrechung des Weichselstroms durch die Grenze kann erhebliche Gefahren für die hinter den Deichen liegende Warinerwerder-Niederung heraufbeschwören. Aus allen diesen Gründen kann die deutsche Regierung nicht unterlassen und wird es auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit tun, immer wieder auf die an dieser Stelle geschaffenen unnatürlichen Grenzverhältnisse hinzuweisen und eine Besserung mit allem Nachdruck zu erstreben.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete wird die Reichsregierung für Ostpreußen alles tun, was möglich ist. Wir sind uns freilich der Notwendigkeit guter deutsch-russischer Beziehungen bewußt geblieben. Diese Überzeugung von dem gemeinsamen wirtschaftlichen Interesse ist auch im Auslande lebendig und wir haben daher die bestimmte Hoffnung, daß es gelingt, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Sowjetrußland ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen werden am 1. März beginnen. Die deutsche Regierung geht auch an diese Verhandlungen mit dem besten Willen heran und hat den Wunsch, auch sie beschleunigt zum Abschluß zu bringen, da sie der Überzeugung ist, daß eine Verständigung in beiderseitigem wirtschaftlichen Interesse der beiden Völker liegt.

Voraussetzung eines befriedigenden Erfolges ist selbstverständlich, daß Polen diesen guten Willen der deutschen Regierung nicht durch eine unfreundliche Haltung gegenüber den in Polen lebenden Deutschen beeinträchtigt. Gerade in diesen Tagen hat Deutschland eine Note nach Warschau richten müssen, in der es mit Bedauern feststellt, daß Polen die Ausweisung evangelischer Geistlicher trotz wiederholter deutscher Vorstellungen vornehme, ohne stichhaltige Gründe dafür auch nur anzudeuten.

Die Handelsvertragsverhandlungen werden auf der Basis der gegenseitigen allgemeinen Weisbegünstigung geführt. Die Provinz Ostpreußen und die Stadt Königsberg haben dafür umfangreiche Wünsche vorgelegt. Die Reichsregierung wird bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland und Polen alles daran setzen, um diese Wünsche, soweit es irgend möglich ist, durchzusetzen.

Der Reichskanzler brachte dann zum Ausdruck, daß Ostpreußen sich immer seiner besonderen Aufgaben im Gesamtleben des deutschen Volkes bewußt gewesen sei und daß das Reich sich aber auch im Rahmen des für uns nun einmal durch die Verhältnisse abgesteckten Möglichen immer bemühen werde, Ostpreußens Lebenskampf zu unterstützen. So arduer er Ostpreußen als deutsche Wacht im Osten. Starke, sich immer erneuernder Beifall folgte den Ausführungen des Reichskanzlers.

Nach der Rede des Reichskanzlers ergriff Oberpräsident Stehr das Wort und dankte dem Reichskanzler herzlich für seine Ausführungen. Nach einem Rundgang durch das Reichshaus fand bei Oberbürgermeister Dr. Lohmeier ein Frühstück in engem Kreise statt, dem sich am Nachmittag ein Tee im Oberpräsidium anschloß, auf dem abermals herliche Ansprachen gehalten wurden.

Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus.

Königsberg, 15. Febr. Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus ergriff auf der Ostmesse anläßlich des abendlichen Zusammenkommens das Wort und führte etwa folgendes aus: Die diesjährige Ostmesse verpreche einen günstigen Verlauf und bilde damit ein weiteres Glied zu dem Ziele, welches auch die bisherigen Messen verfolgten: „Der Länder verbindende Markt des Ostens zu werden“. Hier spreche jeden die Hoffnung an, die so notwendig sei. Bei dem schweren Weg, den die deutsche Wirtschaft zur wirtschaftlichen Freiheit auf den durch den Versailler Vertrag unterhöhlten Wirtschaftsgrundlagen zu beschreiten habe. Man dürfe nicht von den Augenblicksverhältnissen aus die Lage der deutschen Wirtschaft beurteilen und vergessen, daß wir jetzt in den Jahren der wirtschaftlichen Notempfang leben. Nur durch Zufluß der Auslandskredite sei unser kapitalarmer Wirtschaftskörper bisher aufrecht erhalten worden, was sich in der starken Passivität der Handelsbilanz des vorigen Jahres

ausdrückte. Eine seiner ersten Regierungshandlungen hätte aber einer Warnung gelten müssen, diese Auslandskredite produktiv zu gestalten und nur unter günstiger Führung heranzunehmen und zu verwenden. Preissteigernde Tendenzen seien durch die Weltmarktkonjunkturen wie auch zum Teil durch die Auslandskredite bei uns hervorgerufen, welche überdies wieder die Löhne trieben. Aus dieser Gesamtlage heraus seien die großartigen Vorarbeiten der Königsberger Kaufmannschaft und Stadtgemeinde, die Warenausfuhr zu heben und die Verbindungen nach dem Osten hin zu knüpfen, so sehr zu begrüßen. Ostpreußen habe vor dem Kriege trotz seines rauhen Klimas und der ungünstigen Fruchtlage zum übrigen Reich seinen wirtschaftlichen Ausgleich durch die Einfuhr von russischen Futtermitteln und die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte gefunden. Diese naturnotwendigen Wirtschaftsbeziehungen seien durch politische Schranken, den polnischen Korridor und durch die politische Prestigepolitik der letzten Jahre schwer und allzu lang gestört worden. Es sei nun hohe Zeit, im Interesse aller Ostländer den wirtschaftlichen Aufbau auch hier zu beginnen. Schon heute sei Osteuropa ein großer Kunde Deutschlands geworden, und die deutsche Einfuhr aus dem Osten habe sich gehoben. Man sei nicht alle Hoffnung auf einen lebhaften Handel mit den Oststaaten erfüllt. Der Rapallo-Vertrag habe die Beziehungen mit Rußland nicht in dem erwarteten Maße geknüpft. Vor allem sei die Kapitalarmut der Ostländer schuld daran gewesen, wenn sie ihre Käufe bei den hochverzinsten Ländern deckten. Es zeige sich aber schon jetzt, daß dieser Kreditvorsprung durch deutsche Qualitätsarbeit mehr als aufgehoben werde. Auch dürften die politischen Momente keineswegs auf die Dauer die natürlichen Wirtschaftsbeziehungen stören. So müßten die Handelsvertragsverhandlungen mit den Ostländern von dem Geiste getragen werden, die Kontinuität des Ostpreußischen Handels zu unterstützen. Auf die russischen Verhandlungen eingehend, betonte der Minister, daß die deutsche Delegation aus Moskau zurückgekehrt sei, um nunmehr in Berlin die Vorbereitungen für weitere Verhandlungen zu treffen. Die polnischen Verhandlungen seien bisher durch politische Momente stets vereitelt worden. Seit Jahren habe man deutschseits versucht, mit Polen zu einem verständigen Wirtschaftsabkommen zu gelangen. Mehrfach seien Wirtschaftsverhandlungen im Gange gewesen, so in Berlin und zuletzt — im Jahre 1922 — in Dresden. Am Widerstand Polens seien diese jedesmal gescheitert. Erst am 13. Januar 1925 sei mit Polen ein Protokoll abgeschlossen worden mit der Abrede, daß beide Länder sich auf dem Gebiete des Warenverkehrs keine Schwierigkeiten machen und allgemeine Handelsvertragsverhandlungen am 1. März 1925 in Berlin beginnen sollten. Die Vorbereitungen seien vor der Vollenbung. Mit Litauen wurde am 1. Juni 1923 ein umfassender Handelsvertrag unterzeichnet, welcher der Ratifikation harre. Der Grenzverkehrsvertrag und die Vereinbarung zum Schiffsfahrts- und Fischereiverkehr warteten ebenfalls auf Ratifizierung. Damit dürften die engen Beziehungen der beiden Grenzgebiete noch fester geknüpft sein. Mit Finnland, Estland und Lettland seien noch ins einzelne gehende Abkommen und Tarifabreden getroffen. Über der Grundlag der Weisbegünstigung, den Deutschland zur Richtschnur seiner Handelsvertragspolitik nehmen müsse, liege bereits den bisherigen Verträgen mit Lettland und Estland zu Grunde.

Um den weiteren Handelsvertragsverhandlungen das Fundament zu schaffen, werde in der nächsten Zeit dem Reichstag die Zolltarifnovelle vorgelegt. Es würde bedauerlich sein, wenn diese Vorlage zum Unheil inneren politischen Streites genommen würde, wo die Novelle sich doch sachlich bei allen bisherigen Verhandlungen als dringend notwendig erwiesen habe und diese Notwendigkeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch bei den Beratungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates anerkannt worden wäre. Eine Zollvorlage könne nicht vom einseitigen Interessenstandpunkt beurteilt werden. In ihr müßten die gesamtwirtschaftlichen inneren wie äußeren Erfordernisse ausgewogen sein. Auch nicht allein vom Standpunkt der ausländischen Wirtschaftslage und der momentanen Preisverhältnisse dürfe die Zollvorlage beurteilt werden. Die Zollvorlage müsse einerseits so geschaffen sein, daß sie die berechtigten Schutzinteressen aller wirtschaftlichen Kreise Deutschlands ausreichend berücksichtige, und daß sie andererseits die Stellung unserer Handelsvertragsunterhändler bei den schwierigen Verhandlungen nachdrücklich und wirksamer gestalte, als es der bestehende Zolltarif ermdalichte. Auch in der Zoll- und Handelsvertragspolitik müsse deshalb die Grundlinie berücksichtigt werden, eine Stärkung der stetigen Faktoren in der Wirtschaft herbeizuführen, damit wir die kurzatmigen, ruckweisen Konjunkturmellen überwinden und wieder eine planvolle Wirtschaftskulmination in Handel und Gewerbe durchzuführen können. Die deutsche Wirtschaft könne auf die Dauer nur gestärkt werden, wenn wir nur den hauptsächlichsten Faktoren unserer inneren Wirtschaft — und damit auch der Landwirtschaft — die

Stetigkeit der Produktionswirtschaft zu sichern ermöglichen. Um die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen, seien eine Vereinigung von unproduktiven Lasten, Verbesserung der technischen und organisatorischen Einrichtungen, ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu vollziehender Steuerumbau, eine wirtschaftliche Frachtenpolitik, Zusammenfassung der öffentlichen Gelder in der Reichsbank, Förderung deutscher Qualitätsarbeit und vor allem eine Befestigung unserer Wirtschaftsmoral Forderungen der Stunde. Die letzten Schlägen der im Kriege notwendigen Zwangswirtschaft mühten nunmehr ebenso notwendig wie endgültig beseitigt werden. Die Handelsvertragsverhandlungen mühten uns wieder Eingang in die Welt verschaffen, damit wir die „manieren Jahre“ überwinden können. In der Welt schreite, wenn auch allmählich, die Einsicht voran, daß die deutsche Kaufkraft der Welt nur dann erhalten werden könne, wenn auch der Abfall deutscher Qualitätsarbeit drücken geblieben. In diesem Sinne bedürfte es auch die östpreussischen Einrichtungen, die Örtliche, als eine fruchtbare Grundlage unserer künftigen Wirtschaftspolitik zum Ausbau unseres Handels mit dem Osten.

Die Entscheidung in der Militärkontrolle wieder verschoben.

Paris, 15. Februar. Der Bericht der Interalliierten Kontrollkommission trifft heute in Paris ein und wird sofort dem Militärischen Komitee in Versailles übermittelt. Nach dem „Journal“ wird die Frage der teilweisen Veröffentlichung des Berichtes nicht eher ins Auge gefaßt werden, als bis er der Besatzungskonferenz vorliegt, was frühestens in etwa zwei Wochen der Fall sein dürfte. Der Bericht soll vierzehn Seiten umfassen.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die Sozialdemokraten zur Bildung einer Volksgemeinschaft bereit.

Berlin, 14. Februar. Der preussische Ministerpräsident Marx hatte heute Mittag mit den Sozialdemokraten eine Besprechung. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie auf die Ausräumung der Verantwortung des Kabinetts der Volksgemeinschaft dem Präsidium eine christliche Antwort zu geben lassen würden. Die Auffassung der Sozialdemokraten gehe dahin, daß eine Koalition nicht eine Gesinnungsgemeinschaft bedeute, sondern die Aufgabe habe, praktische Ziele zu erreichen. Für die Haltung der Sozialdemokraten sei die Erklärung vom Dezember des verflochtenen Jahres bei der Kabinettsbildung im Reich maßgebend, die Hermann Müller abgegeben habe.

Grundfähig sind die Sozialdemokraten bereit, auf die Anregung zur Bildung einer Volksgemeinschaft einzugehen. Eine endgültige Klärung wird vor Mittwoch nicht zu erwarten sein. Für Montag haben die Sozialdemokraten eine Fraktionsitzung einberufen. Die anderen Fraktionen wollen erst am Mittwoch, vor der Plenarsitzung, zusammentreten.

Der Vizepräsident des Landtages wird bereits am Dienstag eine Sitzung abhalten, um die Geschäftslage zu besprechen und wird ferner über einen Einspruch des kommunistischen Abgeordneten Kollwitz gegen seine Ausschließung aus der Sitzung des Untersuchungsausschusses beraten.

Die preussische Regierungsbildung naht ihrer Vollendung.

Berlin, 16. Februar. Die Antwort der Deutschnationalen auf die Anfrage des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx, ob sie sich an einem Kabinetts der Volksgemeinschaft beteiligen wollen, hat dieser an den Vorsitzenden der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. von Lamske weitergegeben und von diesem die Antwort erhalten, seine Fraktion sei bereit, eine Regierungsbildung auf der Grundlage der deutschnationalen Erklärung zu unterstützen. Dr. von Lamske hat sich zu mündlichen Besprechungen darüber zur Verfügung gestellt.

Die Barmats unter dem Kaiserlichen Regime.

Vielfache Verwendung durch die Reichsbehörden. Die Vernehmung des Waisentaters v. Walsan in der Donnerstagsvernehmung des vom Reichstag eingesetzten Barmat-Ausschusses ergab interessante Ergänzungen zu den Mitteilungen über die Beziehungen der Barmats zu den kaiserlichen Behörden, die das „Berliner Tageblatt“ schon am 13. Januar machen konnte. Damals haben wir daran erinnert, daß zwei Brüder Barmat während der deutschen Okkupation in Polen von der kaiserlichen Kriegserprobungsabteilung in Lodz als Reheherbe benutzt wurden und daß sie dann später, trotz ihrer Gefährlichkeit, die man in Polen mit ihnen gemocht hatte, gleichfalls noch in der kaiserlichen Zeit zu Lebensmittellieferungen für das Reich herangezogen wurden. Aus der Jugendgeschichte des Herrn v. Walsan ergab sich nun noch folgendes Bild: Als Herr v. Walsan im Jahre 1917 nach dem Haag kam, bestanden die Verbindungen mit den Barmats bereits. Ihr Zweck sei gewesen, mit ihrer Hilfe auf die Neutralisation russischer Meeresflächiger hinzuwirken. Außerdem sei es auch wohl darauf angekommen, Lebensmittel nach Deutschland einzuführen. Bekannt sei gewesen, daß Barmat stark renommiert habe mit seinen Beziehungen zu Politikern. Auf Anfrage teilte Herr v. Walsan mit, daß sich Barmat nicht gekümmert habe, zu dem Reichspräsidenten Beziehungen zu haben. Die Frage des Abg. Aufhäuser, ob nicht im Kriege schon durch die kaiserliche Regierung Barmat benutzt worden sei für eine proudeutsche Propaganda, beantwortete Herr v. Walsan dahin, daß in der Tat mit diesem solche Versuche gemacht seien. Zu einem Erfolg hätten die Bemühungen damals und später nicht geführt. Gern habe man auch Beziehungen im Kriege und nach diesem zu ausländischen Sozialisten gesucht, um auch durch diese zugunsten Deutschlands zu wirken. — Aus alledem ergibt sich, daß der Versuch, das Hochkommen der Barmats und ihre Beziehungen zu den Reichsbehörden ausschließlich der Republik in die Schuhe zu schieben, eine Unrechtfertigkeit bedeute und daß die Lobredner der monarchischen Zeit alle Ursache hätten, vor ihrer eigenen Tür zu stehen.

Reichsanwalt a. D. Bauer interveniert. Berlin, 14. Februar. Reichsanwalt a. D. Bauer hat an den Bezirksverband Berlin der sozialdemokratischen Partei laut „Vorwärts“ ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Bezugnahme auf den Beschluß des engeren Vorstandes, der den Ausschluß Bauers aus der Partei empfiehlt, erklärt, daß im „Votalanzeiger“ veröffentlichte Amerima-Briefe entsprechen nicht den Tatsachen. Er wolle den Beweis führen, daß der Brief in keinem Punkte zutreffend sei und bitte daher, dem Beschluß auf Ausschluß aus der Partei einstweilen nicht zuzustimmen.

Differenzierung in Grenoble.

Die nationalsozialistische Wochenchrift „Aux Scouts“ greift den deutschen Sozialdemokraten Differenzierung an, weil er auf dem Parteitag in Grenoble kein Wort der Mißbilligung gegen die deutsche Regierung ausgesprochen habe. Bis jetzt bezeichnet es als einen „Standal“, daß die französischen Sozialisten dieses Verhalten ihres deutschen Genossen nicht nur schweigend hingenommen, sondern seine Äußerungen ausdrücklich durch Beifall billigten.

Der französische Angriff auf Differenzierung kennzeichnet die Anwürfe der deutschen Nationalisten und ihrer Presse, die bekanntlich behauptet hatten, Differenzierung habe die französischen Sozialisten zum Kampf gegen die deutsche „reaktionäre“ Regierung aufgefordert.

Vollständiger Mord in Sofia.

Sofia, 14. Februar. Die wurde der bulgarische Abgeordnete und neuernannte Botschaftler Graf Nikola Miksch gestern Abend auf einer Hauptstraße der Stadt von einem Unbekannten durch vier Revolvergeschosse ermordet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Febr. Das deutsch-polnische Reichsabkommen, das deutsch-österreichische Reichsabkommen, das deutsch-italienische Reichsabkommen und das deutsch-ungarische Reichsabkommen mit Portugal werden den nächsten Tag in den Reichstagen übergeben.

Darauf wird der Gesetzentwurf über die Todesstrafe im Kriegswesen in erster und zweiter Lesung angenommen. Bei Kriegswesen soll künftig ein Todesstrafe ein gerichtliches Verbrechen angenommen werden, und zwar der 10. Januar 1920, der Tag des Friedensschlusses.

Die Beschlüsse über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Reichsamt wird angenommen.

Das höhere Schulwesen.

Zur Beratung gestellt werden dann die Anträge Dr. Scholz (D. Vp.), Mümm (Dn.), Müller-Franken (Soz.) und Koch-Besler (Dem.), die den Wegfall der höheren Schulen betreffen.

Abg. Döwenstein (Soz.) nennt es ein dauerndes Verdienst der Nationalversammlung, daß sie wenigstens ein Gesetz auf dem Gebiete der Kulturfragen zustande gebracht habe, nämlich das Grundschulgesetz. Seitdem sei die Initiative der Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiete erloschen. Der Redner fordert die Bildung eines Reichskulturrates. Der Redner verlangt die vierjährige Grundschule, auf der sich dann die achtjährige höhere Schule aufbauen soll. Die Sozialdemokratie werde die soziale Schule erziehen.

Abg. Dr. Philipp (Dn.) wendet sich gegen die Verkürzung der Schulzeit in der höheren Schule und fordert ein Gesetz zum Schutze der neunjährigen höheren Schule. Mit den Schulreformen müsse man jetzt aufhören.

Abg. Dr. Kunkel (D. Vp.) erklärt, die Deutsche Volkspartei stehe durchaus auf dem Boden der Grundschule. Der Redner tritt gleichfalls dafür ein, daß eine Möglichkeit geschaffen werde, die Grundschule auch in drei Jahren zu absolvieren. Vier Jahre lang begabte Kinder in der Grundschule festzuhalten, bedeute eine Verwundung an der Seele dieser Kinder.

Abg. Dr. G. G. (Dem.) hält ein Rahmengesetz für notwendig. Um eine Herabsetzung des Schulwesens zu vermeiden. Die Schulhöhe der Länder solle dabei nicht angetastet werden. Wenn den Ländern höhere Schulpläne aufgestellt werden sollen, muß das Reich dafür aufkommen. Auf der Grundschule lasse sich die Begabung der Kinder noch nicht übersehen. Der Redner fordert Schaffung eines Lehrplanes, der eine abgeschlossene Bildung für einen praktischen Beruf ermöglicht.

Abg. Rheinländer (Ztr.) fordert, daß ein einheitlicher Bildungsgedanke das ganze Schulwesen vom Kindergarten bis zur Universität durchdringe. Ob die Grundschule mit drei oder vier Jahren auf die Dauer bestehen werde, müsse erst die Erfahrung lehren. Vom Standpunkt der religiösen Erziehung müßte die Auslösung der Differenzierung der Grundschule zugunsten begabter Kinder das Ausgeben der konfessionellen Schule sein. Dazu könne das Zentrum die Hand nicht bieten.

Abg. Hörnle (Rom.) fordert Herabsetzung der Klassenfrequenz und Verbesserung der Lehrmethode. Schulpolitik und Weltanschauung seien nicht zu trennen. Sämtliche Anträge werden darauf dem Bildungsausschuß übergeben.

Es folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände. Die rechtsgültige Aufnahme von Krediten im Ausland soll mit Zustimmung der Länder gestattet sein.

Abg. Dr. Witz (Zentr.) stellt fest, daß bei dieser wichtigen Beratung kein Regierungsvertreter anwesend sei.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Finanzministers die Aufhebung des Gegenstandes.

Das Haus beschließt demgemäß und vertagt sich auf Montag 8 Uhr: Haushalt des Reichsministeriums.

Aus Stadt und Land. Aus, 16. Februar 1926.

Die Honorarforderungen Werthauers an den sächsischen Staat.

Der jetzt verhaftete und wieder freigelassene Justizrat Dr. Werthauer hat, wie bereits berichtet, vom sächsischen Staat die Zahlung eines Honorars in Höhe von 4 Millionen Goldmark für seine juristische Tätigkeit bei der Auseinandersetzung mit dem früheren sächsischen Königslande verlangt. Seine Forderung wurde aber mit der Begründung abgelehnt, daß der frühere Ministerpräsident Dr. Rögner ihn auf eigene Faust dazu beauftragt habe. Nun ermächtigte Dr. Werthauer seine Forderung auf 320 000 Goldmark und jetzt auf 230 000 Goldmark. Auch diese Forderung wurde abgelehnt. Darauf verlangte Werthauers Sojus den sächsischen Staat auf eine Honorarzahlung von 10 000 Goldmark, um zunächst bei der „Neuen“ Forderung ein Urteil zu erzielen. Neuerdings hat er durch die radikal sozialistische Korrespondenz eine Erklärung veröffentlicht, worin er erneut behauptet, der genannte Auftrag sei ihm auf Beschluß des sächsischen Gesamtministeriums erteilt worden. Demgegenüber wird vom Ministerpräsidenten Heib antwortend erklärt, daß diese Behauptung in allen Teilen unwahr ist.

Das Frühjahrswetter. Die Frage nach der diesjährigen Frühjahrswitterung beantwortet der bekannte Meteorologe Dr. Franz Bauer, St. Wlasken im Schwarzwald, mit folgenden Vorhersagen: Der Frühjahrs (März und April) 1926 wird in Deutschland mit einer Wahrscheinlichkeit von 70 vom Hundert wärmer als normal sein, mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 vom Hundert wird seine Durchschnittstemperatur zwischen 2,0 Grad Celsius über und 1,0 Grad Celsius unter der normalen liegen und mit 92,5 vom Hundert Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, daß der Frühjahrs wärmer sein wird als im Jahre 1925 so gering, daß dieser Fall als ausgeschlossen gelten kann. Man wird bemerken in Deutschland in diesem Jahre mit einem im Durchschnitt ziemlich normalen, eher zu wärmer als zu kalten Frühjahrs zu rechnen haben. Diese Vorhersage Bauers beruht ebenso wie seine Vorhersage eines ziemlich milden, schneearmen Winters, die bekanntlich eingetroffen ist, auf einer statistischen, von Bauer aufgestellten Verknüpfung der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Wettertheorie mit neuen Forschungsergebnissen der statistischen Meteorologie.

Beamtenabbau. Von dem Beamtenabbau in Sachsen sind bisher 915 Staatsbeamte und 1428 Staatsangestellte betroffen worden.

Osterfest. Der Prüfungsausschuß des Landtages behandelte die Frage eine Festsache des sächsischen Philologenvereins, die sich mit der Festlegung des Osterfestes auf einen bestimmten Tag beschäftigte. Der Ausschuss beschloß, die Osterfeier zu erforschen, wegen der Festlegung des Osterfestes erneut bei der Reichsregierung vorzulegen zu werden.

Vorfahrungen gegen Eisenbahn-Unfälle. In der zur Verhütung von Eisenbahnunfällen wichtigen Frage der Übertragung der Streckensignale auf die fahrenden Züge haben kürzlich eingehende Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft stattgefunden. Die Deutsche Reichsbahn wird kein Mittel unterlassen, um ein Überfahren des Haltesignales künftig zu verhindern. Es sollen alle Vorklänge und Einrichtungen für Signalübertragungen, automatische Bremsen, Anfallsignale und Verbesserungen der Lichtsignale planmäßig nachgeprüft werden, insbesondere soll die Signalübertragung nach dem System Truchsal-Von Braam weitgehend ausgebaut werden.

Polizeiverbot. Ein Bettler wurde festgenommen und wegen Verstoßes mit 2 Tagen Haft bestraft. — Am Freitag, den 13. Februar wurde durch die hiesige Sicherheitspolizei eine allgemeine Kraftwagenkontrolle vorgenommen. 35 Wagen wurden demontiert angehalten. Ein Wagen aus Dresden wurde nicht vom Herrn im Wagen über den Halter, sondern von einem andern Herrn gefahren. Außerdem war der Wagen nicht ordnungsgemäß zugelassen. Ein anderer Wagen aus Johannisberg wurde deshalb beanstandet, weil von der Inspektion die Zulassungsbekanntmachung nicht mitgeführt wurde.

Erzgebirge und Sachsen.

Beirfeld. Wahlversprechen. In der ersten Sitzung der hiesigen Gemeindeverwaltung veranlaßte die Linksfraktion die Festlegung der Vorbesitzverhältnisse; da sie nicht gehörig vorbereitet seien; in der zweiten Sitzung wurde Bürgermeister Andreas als Vorbesitzer gewählt; gegen diese Wahl erhob die Linke Einspruch, da Paragraph 46,2 der Gemeindeordnung und Paragraph 2 der Geschäftsordnung nicht beachtet seien.

Annaberg. Der Frohnauer Hammer. Der alte Hammer, ein Wahrzeichen des Silberbergbaues, soll wieder in Betrieb gesetzt werden. Nach Ausgrabung des Erdreiches sind die Pfeiler und Stützpfeileranlagen eines der Umboße trotz der Jahrhunderte unverändert geblieben. Jedoch mußte die zerbrochene Radwelle, das überhöchste Wasserrad und das Flußrad erneuert werden. Allerdings fehlen dem Hammerwerke hierzu auch die nötigen Mittel. Zu welchem Zwecke die Hammer nutzbar gemacht werden sollen, ist noch nicht entschieden. Vorgeschlagen wurde u. a. die Ausprägung von Hammermünzen.

Lichtenstein-G. Der Raichewagen auf dem Bosenmarkt. Am Donnerstag vormittag rammte ein scheu gewordenes Pferd mit dem Raichewagen in das Marktgerüst, warf Stände und Ärbe um und richtete durch Verwüstung von Lebensmitteln bedeutenden Schaden an. Mehrere Personen wurden verletzt. Zwei Frauen kamen unter den Raichewagen zu liegen.

Glauchau. Schulfrauen. Die Gründung einer höheren Handelsschule (Handelsrealschule) wird hier erstrebt. Industrie und Handel beschließen, Beiträge zu dem erhöhten Aufwand für die Handelsschule zu geben. In der letzten Sitzung des Stadtrates beschäftigte man sich mit dem Plan und beschloß gegen vier Stimmen, die Stadtverordneten zu ersuchen, die Errichtung der Handelsschule zu genehmigen.

Selig. Mäßigkeitsflucht eines Berbers. Ein Einbrecher, dem man die Teilnahme an einer großen Reihe von Einbrüchen in Polizeigewahrsam in volkstümlichem Gewahrsam befand, schloß, als sein Wärter die Reiteröffnung diesen zur Seite und sprang zwei Stod-

Nr. D. Belp. Staatsger. dem Auftr. wie das B. ist, in der H. sten der H. tag, 20. B. des Jm B. sem an. eine Chrb. von 600 a. Die B. wem der W. sei, beantw. oder 19. B. und zwar i. Präsidenten. dabei auf. habe, wider. tun sollen. der „Nord. deutschen. Luftleb. die Zentral. möglich erb. mann Jette. Relele hätte. des eventue. des sollen. Frage der. abermals z. Unter l. Hugo Stimm. Anna, Behn. Betätigung. schränkt ber. auf die Erm. mer einbring. bleiben, erk. den sich im. hung gemad. hest. Auf d. liches Parte. habe er so. Nachprüfung. digungen vor. In der. Kref und de. teilt worden. leiteten Reie. schlag auf. hochgeben B. Lager der B. Rauchs hab. dann also z. zettel“ zu ge. was er seine. Neuman. zu dem Mon. schreib: „M. Oberberger. ter von mir. Des. (10. Fortsetz. Eben wa. gen vor dem. schlag auf r. bediensteten. bigem Auftr. Auch sein M. „Auf W. Mit die. ihm, und in. „Also in. fomisch, daß e. sich denkt. für Berlin. fest entschlo. Gedanken da. Ordentlich ab. „Nun so. liebes Berlin. man, so wie i. ächt und au. „Ach, Sa. sehen und al. ein jeder an. Sitten und G. manchmal ein. wenn ich die. seilzdele um. kann nicht j. fast, das Tenn. wohl auch sch. Mit Bly. benehnt und. begehrend au. ganze Welt in. seines Besten. Andem f. einem Tucht. tig um ihre m.

Die Ermordung Rauschs.

Der Kommunistenprozeß.

Beipzig, 14. Febr. Der vierte Verhandlungstag des Staatsgerichtshofes im Kommunistenprozeß beginnt mit dem Aufruf des Hauptteils der Zeugen, die sich nicht wie das bei einem reichlichen halben Duzend der Fall ist, in Straf- oder Untersuchungshaft befinden. Die meisten der heute Ausgerufenen werden angewiesen, Freitag, 20. Februar, wieder zu erscheinen.

Im Zusammenhang mit der weiteren Vernehmung des Hauptangeklagten Felix Neumann wird ein von diesem an „Helmuth“ gerichtetes Schreiben verlesen, in dem eine Erklärung des Stats der Neumannschen Gruppe von 600 auf 900 Dollar verlangt wird.

Die Frage des Präsidenten Riedners, wann und von wem der Anschlag auf Seckel offiziell abgelehnt worden sei, beantwortet der Angeklagte dahin, das sei am 18. oder 19. Dezember durch Brandler in dessen Wohnung, und zwar in Gegenwart „Helmuths“ geschehen. Der vom Präsidenten ausgedrückten Vermutung, daß Brandler dabei auf unmittelbare Anweisung Klabeks gehandelt habe, widerspricht Neumann mit Darlegungen, die darzutun sollen, daß auf der Dresdner K.P.D.-Konferenz, auf der „Karlchen“ (Klabek) als Abgeordneter Wostaus die deutschen Kommunistenkapitel (wegen des Hamburger Ausschusses und sonstiger Mißerfolge) abgezählt und die Zentrale nach Berlin zurückgeleitet habe, der Fall unmöglich erörtert sein könne. Durch Klabeks Hinweis, Neumann bettelte mit der roten Aufschrift: „So nicht hat die Revolution! (Wand der roten Fahnen) anfertigen lassen. Diese hätten nach seiner heutigen Darstellung am Orte des eventuellen Attentats auf Seckel niedergelegt werden sollen. Hier haben die Verteidiger ein, um die Frage der Ernstlichkeit von Neumanns Attentatsplänen abermals zu berühren.

Unter Uebergehung der Fälle der Großindustriellen Hugo Stinnes und von Vorß sowie der Dienstadt Anna, Jehnplund, in denen dem Angeklagten ebenfalls Beteiligung an Mordplänen zur Last gelegt wird, beschränkt der Vorsitzende die Verhandlung weiterhin auf die Ermordung des Friseurs Rausch. Von Dr. Riedner eindringlichst ermahnt, streng bei der Wahrheit zu bleiben, erklärt Neumann, seine heutigen Aussagen würden sich im wesentlichen mit den in der Voruntersuchung gemachten decken, und diese entsprechen der Wahrheit. Auf den Befehl „Helmuths“, Rausch und ein weibliches Parteimitglied wegen Verrats zu „erledigen“, habe er sofort entgegnet, er müsse sich das Recht einer Nachprüfung der gegen jene beiden erhobenden Anschuldigungen vorbehalten.

In Sachen Rauschs sei ihm von zwei Funktionären Krenz und dem Angeklagten Mayer im einzelnen mitgeteilt worden, Rausch habe den damals von Quapp geleiteten Reichsjustizdienst sowie den Verleger des Anschlagers auf das Regierungsgebäude von Hannover hochgehen lassen und außerdem verschiedene Waffenschlager der Polizei verraten. Für den Spitzcharakter Rauschs habe er dann selbst Beweise erlangt. Er sei dann also zu dem Entschluß gelangt, ihm einen „Denkzettel“ zu geben; weiter sei seine Absicht nicht gegangen, was er seinen Gehilfen freilich nicht eingestanden habe.

Neumann schildert das Hin und Her, das sich bis zu dem Moment abspielte, den er mit den Worten beschrieb: „Als Rausch (im Hausflur des Hauses in der Oberberger Straße, in dem er wohnte, D. Wer.) zwei Meter von mir entfernt war, da — schuß ich auf ihn...“

Nach diesem zuletzt nur noch mit halber Stimme gesprochenen Satz setzt sich der Angeklagte und sinkt augenscheinlich von plötzlicher Schwäche überwältigt vornüber. Ein Justizwachmeister reicht ihm ein Glas Wasser, doch erst nach einigen Augenblicken hat sich Neumann soweit gesammelt, daß er trinken kann. Nach einer Weile strafft er sich wieder, steht auf und tritt hinter seinen Stuhl, um in seiner gewohnten Haltung den Hergang der Blutthat genauer zu verdeutlichen.

Die Pistole habe er so gehalten (gegen die linke Brustengegend Rauschs), daß er habe annehmen dürfen, der Schuß habe „keine edleren Teile verletzt“. Auf eine ihm unbewußte Art sei dann mit einem Male ein zweiter Schuß losgegangen, und dieser habe nun tiefer als der erste getroffen. Wegen die vom Vorsitzenden zitternde eidliche Aussage des lebensgefährlich Verwundeten, Neumann habe nach diesem zweiten Schuß ausgerufen: „So, du Nazi! Das ist für dich!“, verwarf sich der Angeklagte mit leidenschaftlicher Erregung. Er wolle dem Toten nicht zu nahe treten, aber jene Aeußerung präge seiner Tat den Stempel einer Rohheit auf, die seinem ganzen Wesen durchaus fremd sei.

Gegen den Einwand des Präsidenten Dr. Riedner, daß die Gleitrichtung des ersten Schusses denn doch mit der Beugung der Totungabsicht nicht gut vereinbar sei, versichert Neumann er als Vater habe geglaubt, daß ein Schuß der angegebenen Richtung nicht tödlich wirken könne, und überdies habe er für die Tat von den in seiner Tasche mitgeführten Faustfeuerwaffen absichtlich nicht die neummillimetrische Parabellumpistole, sondern die Walther-Pistole, Kaliber 7,65 benutzte.

Den wiederholten Bemerkungen des Staatsanwalterbüros Dr. Goldstein, dem Angeklagten eine Darstellung zu suggerieren, nach der der Oberstentwaffner der erste, das heißt gezielte Schuß gewesen wäre, feigt Neumann die Erklärung entgegen, daß er unbedingt bei der Wahrheit bleiben wolle.

Gerichtsmedizinik Dr. Dyhrenfurth-Berlin entwickelt kurz den Obduktionsbefund, nach dem das zwei Monate zehn Tage nach dem Attentat erfolgte Ableben Rauschs darauf zurückzuführen ist, daß abgefehltes Blut aus dem zerfallenen Lebergewebe in die Brusthöhle durchdrang. Rechtsanwalt Dr. Goldstein spricht, gestützt auf gewisse Indizien, von der Möglichkeit, daß der Tod Rauschs unmittelbar durch Vergiftung verursacht worden sein könnte.

Nach dem Attentat hat Neumann auf verschiedene Weise häßliches Interesse für das Schicksal seines Opfers bekundet. Auf eine Bemerkung „Helmuths“, für ihn sei die Angelegenheit Rausch „noch nicht erledigt“, weil der Mann ja „noch nicht tot“ sei, will der Angeklagte mit der nachdrücklichen Versicherung reagiert haben, daß er in dieser Sache keinen Finger mehr rühren werde.

Den Inhalt der heutigen Sitzung bildet der Inhalt eines den individuellen Fehler bejahenden Rundschreibens der K.P.D.-Zentrale: Zweifel an der Echtheit dieses Schriftstückes, die den Vorsitzenden an einem der vorausgegangenen Verhandlungstage bezwogen haben, das Dokument nicht verlesen zu lassen, sind mittlerweile durch Zeugnisse aus den Reihen der Kommunisten selber behoben worden.

Urteil im Himmelsbach-Prozeß.

Kreiskraus des Angeklagten Kernbach

Der Prozeß gegen den Redakteur Kernbach, welcher schwere Verleumdungen gegen die Firma Himmelsbach wegen der Abholzungen in der Pfalz erhoben hatte, ging

zu Ende. Der Angeklagte wurde auf Kosten des Klägers Himmelsbach freigesprochen, nachdem in einer längeren Urteilsbegründung das Gericht der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß weder eine tatsächliche noch eine formale Verleumdung des Klägers vorliege. Außerdem sei dem Angeklagten in vollem Umfange der Schutz des § 103 zuzubilligen. In der Urteilsbegründung heißt es:

Es war zu prüfen, ob die Vorwürfe, die in den acht Artikeln des „Holzmarktes“ enthalten sind und zur Anklage standen, als strafrechtlich zu ahnden auf Grund des § 186 anzusehen sind. Zweifellos sei die Ehre des Klägers durch den Vorwurf, er hätte aus Profitgier gehandelt, gekränkt. Kernbach habe ausgeführt, das Verhalten Dr. Himmelsbachs sei nicht ehrenhaft und es läge eine verzweifelte Nehmlichkeit mit der Handlungsweise der Worten und Genossen vor. Darin liege der Vorwurf moralischen und juristischen Landesverrats. Der angezeigte Wahrheitsbeweis habe in dieser Beziehung nichts Befastendes gegen Himmelsbach ergeben. Die Gutachten der Sachverständigen wichen zudem in vielen Punkten voneinander ab. Immerhin sei der Abschluß der Verträge durchaus zu beanstanden. Es habe sich um Fällung von Säuren gehandelt, die den Staatsforsten gehörten. Hier durfte Himmelsbach auf keinen Fall auf eigene Faust handeln, ohne sich die Zustimmung der Regierung zu verschaffen oder nachträglich einzuholen. Sein Vorgehen bedeute also eine erhebliche Verletzung staatlichen Eigentums. Wären Geheimverträge geschlossen worden, in denen sich die Vertragsparteienden verpflichteten, den deutschen Regierungen darüber gar nichts mitzuteilen, läge allerdings glatter Landesverrat vor. Das sei obgleich nicht erwiesen.

Die Firma Gebel, Himmelsbach u. G. teilt mit, daß sie beabsichtigt, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Volkswirtschaftliches.

Berliner Börse vom 14. Februar. Tendenz freundlicher. Der Umschwung, der auch schon gestern zu bemerken war, setzte sich an der heutigen Börse fort und das Börsenbild war heute wesentlich freundlicher als seit Wochen. Die Spekulation ist geneigt, den kommenden Ultimo weniger pessimistisch anzusehen als bisher, und die Schätzungen der der Ultimo Februar laufenden Engagements sind ganz bedeutend zurückgegangen. Die in Aussicht stehende Ermäßigung des Börsenstempels auf die Hälfte hat auch dem großen Publikum wieder etwas mehr Interesse für die Börse geweckt. Im Vordergrund stehen wiederum Montanwerte. Daneben liegt der Salzmarkt auch weiterhin lebhaft. Im Abriegen konzentrierte sich das Interesse auf dieselben Spezialpapiere, die schon im Vorbergrunde standen, wie vor allem Reichsbankanteile, da man wieder von einem Veräußerungsrecht, was aber kaum den Tatsachen entsprechen dürfte. Der Markt der heimischen Renten, der vorbergründlich ganz verdrängt lag, wurde durch die allgemein feste Haltung günstig beeinflusst.

Geschäftliches.

Soen Bedin, der bekannte Tibetforscher, erzählt, daß die Bewohner Tibets als Lieblingsgetränk heißen Tee mit Butter vermischt genießen. Je ranziger diese Butter ist, desto besser nimmst der Tee dem echten Tibetener. Ein europäischer Gaumen könnte sich an diese sonderbare Mischung und vor allem an den Geschmack der nach unserem Begriff verborderten Butter nicht gewöhnen. Wir wollen die Butter stets möglichst frisch haben, da sie dann das für unsere Gesundheit schädliche Aroma hat. Dieses Aroma besteht auch die Fettsäuremargarine „Schwanz im Mandel“, die wegen ihrer vorzüglichen Eigenschaften und ihrer Billigkeit in keinem Haushalte fehlen sollte.

Des Vaters Sünde.

Roman von Anni Latt-Felsberg.

(10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Eben wollte sie energisch protestieren, als der Wagen vor dem Hotel hielt und eilige Hände den Wagenanschlag auftrifften.

Baron Selten schien im besten Andenken der Hotelbediensteten zu leben. Devote Verbeugungen mit freudigem Ausstrahlen der Blide wurden ihm zum Empfang. Auch sein Name war noch nicht vergessen.

„Auf Wiedersehen beim Souper!“ — Mit diesen Worten trennten sich die Damen von ihm, und jeder zog sich in sein Zimmer zurück.

„Also in Wiesbaden!“ lachte Frau Elisabeth. „Wie komisch, daß es doch oft so ganz anders kommt, als man es sich denkt. Der gute Justizrat Böhner plädierte stets für Berlin, Kolonie Grunewald. Ich war auch schon fest entschlossen und trug Berlin schon ganz ähnlich in Gedanken als zukünftige Heimat und schaute mich schon ordentlich danach an —“

„Nun kommt Baron Selten, berechtigt Ihnen mein liebes Berlin, das man wirklich erst schätzen lernt, wenn man, so wie wir, zwei ganze Jahre in der Welt umherläuft und aus dem Kaiser lebt.“

„Ach, Schläterchen, schön war es doch, die Welt zu sehen und alle die Menschen kennen zu lernen. Immer ein jeder anders als der andere und überall andere Sitten und Gebräuche. Interessant war es, wenn auch manchmal ein wenig strapaziert. Und, Schläterchen, wenn ich mich wieder verheirate, mache ich eine Hochzeitsreise um die Erde. Sehen Sie, das ist apart, das kann nicht jeder. Italien gilt schon gar nicht mehr für toll, das Tenne ich auch zu gut, mein zukünftiger Gatte wohl auch schon. Ich etwas Neues — Neues!“

Mit blühenden Augen, in denen es sprühte voll Lebenslust und Lebenskraft, die schlanken, weißen Hände begehrend ausgestreckt, so als müsse sie mit ihnen eine ganze Welt umfassen, sprach die schöne Witwe, und ihr keines Gesicht glühte in lobendiger Begeisterung.

„Aber Sie ihr hübsches, graues Kleidestück mit einem Tuchkleid vertauschte, dessen Seidenbunde sich so artig um ihre mädchenhaft schlante Taille schmiegte, blaubarte sie mit reizendem Bedachtigkeit, die ihr augen-

ordentlich gut stand. Sie erschien länger, als sie wirklich war. Sie hatte ihren Gatten, der dreißig Jahre älter war als sie selbst, aus Religion geheiratet. Eine Neigung, wie sie oft ganz junge Mädchen zu geistreichen älteren Männern empfinden, die trotz ihrer Aufrichtigkeit doch nicht die rechte Liebe ist, wie sie zu einer Ehe gehört.“

Obgleich Frau Elisabeths Trauer ausrichtig, bestig und tief war, so hatte sich ihr natürlicher Hochmut doch nach dem Ableben der hübschen Witwe wieder eingestellt, und sie genoß das Leben einer reichen, jungen, schönen Witwe, indem sie in Begleitung einer älteren Dame, Fräulein Dora Schläters auf Reisen ging, um die Herrlichkeiten der Natur, die sie über alles liebte, zu genießen.

Justizrat Böhner in Berlin hatte stets, schon zu Lebzeiten ihres Gatten, die Vermögensverwaltung geführt, da er mit dem Verstorbenen eng befreundet war.

Der verstorbene Justizrat war es auch, der zuerst den Gedanken an eine zweite Heirat in ihr anregte, die nach seinem Auspruch vollkommen den Wünschen ihres toten Gatten entsprach, der seine Witwe unter der Schutz dieses Ehrenmannes stellte, wie er ausdrücklich in seinem Testament betont hatte, denn sie war noch nicht einmal volljährig, als ihr Gatte starb, dem sie nur zwei Jahre angehöret hatte. Sie stand dem Welt und ihren Anforderungen gegenüber da, wie ein unerfahrenes Kind. Sie ehte und lebte den Justizrat Böhner, der ihr Beschützer, Berater und väterlicher Freund war. Besonders tief war sie ergriffen von dem plötzlichen Todesfall, da sie kurz vorher mit Justizrat Böhner in Salzburg zusammen getroffen war und einige Stunden mit ihm verlebt hatte, die ihr in der Erinnerung haften wie etwas, das man nie mehr vergißt.

Er hatte so viel Bedenkens zu ihr gesprochen, beinahe so, als ohne er sein früheres, baldiges Ende.

Sie waren beide allein zusammen nach der Festung Straußenthor und hatten sich ergötzt an dem köstlichen Genuss, das Salzburg als eine der schönsten Städte der Welt bietet.

In Frau Elisabeths Erinnerung haften dies Bild. Es war ihr bis, als wäre sie noch die Stimme des Justizrats in ihrem Ohr tönen. Diese Stimme war mürbe, krank, wie gebrochen, wie sie aus einem Herzen klingt,

das ein geheimer Kummer drückt. Er hatte von seiner Tochter Margarete Louise erzählt und hatte ihr das Bild der jungen Braut gezeigt, wie sie sich in Glückseligkeit an den geliebten Mann schmiegt. Auch das Bild seines Sohnes Herbert hatte er ihr gezeigt und ihn mit bewegter Stimme zärtlich gepriesen.

„Er vertritt jetzt meine Stelle, auch in Ihrer Anwesenheit, meine liebe, gnädige Frau.“

Mit dem Bilde des Sohnes in der Hand, hatte Frau Elisabeth dem Vater gelauscht, der in stolzer Freude von seinem einzigen Sohne sprach, und hatte so einen Einbruch gewonnen, der lange haletete und ihr Herz bewegte, weil ein merkwürdiger Insterton der Angst die Sprache des Justizrats durchzitterte.

„Er ahnte es, er ahnte sein nahes Ende,“ sprach tief erschüttert die junge Witwe, als so bald darauf die Todesnachricht eintraf.

In Gedanken sah sie das Bild des Sohnes, den der Vater mit zitternder Stimme rief.

„Ein lieber, werter Mensch, tüchtig, bescheiden, treu und gütig. Seine Frau wird ein großes Glück an seiner Seite finden, denn er ist zuverlässig, er hat mich noch nie enttäuscht. Er ist ein guter Sohn und wird auch ein guter Gatte sein.“ Dann hatte er beim Abschied gesagt: „Bleiben Sie nicht allein, meine liebe, gnädige Frau. So jung, so unerfahren wie Sie sind, bedürfen Sie eines männlichen Schutzes, und der beste Schutz ist die Ehe mit einem Manne, den Sie lieben, der Sie liebt und dem Sie vertrauen.“

Diese Worte waren auf fruchtbaren Boden gefallen wie Samenkörner, die aufgehen, in Saat schießen und wachsen, wachsen bis zur Reife.

Auf ihren Reisen hatte mancher Mann sich ihr zu nähern gesucht. Jung, schön, wohlhabend wie sie war, erschien sie vielen außerordentlich begehrenswert.

Auch Judringliche traten in ihren Weg. Abgewiesene konnten ihren Born in Unerschämtheiten Lust machen.

„Wie eine Reute Tomme ich mir vor, auf die ein Schwarm Haubritter lauert. Böhner hatte recht, heiraten — den rechten Mann heiraten, ist die einzige richtige Lösung dieses Konflikts. Schläterchen, Ihr Schutz ist nicht genügend, es bedarf wirklich eines Mannes.“ (Fortsetzung folgt.)

136 Opfer der Dortmunder Grubenkatastrophe.

Entgegen allen anders lautenden Meldungen erfährt die Tel.-Union von amtlicher Seite, daß bei dem Unglück 130 Bergleute ums Leben gekommen sind. Davon sind bis zur Stunde 122 geborgen, während 14 noch nicht freigemacht werden konnten.

Ueber die Entstehung der Explosion

Sagt der amtliche Bericht: Die Explosion entstand im Südostfeld der Schachtanlage B und hat zwei Bauabteilungen in Mitleidenschaft gezogen. Es werden hier vier Flöze der mittleren Fettkohlenpartie abgebaut, drei weitere Flöze stehen auf Vorrat. Der Explosionsherd und die Ursache der Explosion konnten bisher nicht festgestellt werden, da die Baue wegen des Vorhandenseins zahlreicher Gräbe noch nicht verlassen werden konnten. Die Gerichte, die über die Explosionsursache im Umlaufe sind, entscheiden meist der Begründungszurück kann nur soviel festgestellt werden, daß Kohlenstaub bei der Explosion mitgewirkt hat. Die Sicherung, der durch die Explosion betroffenen Baue gegen den Gesteinstaub war beabsichtigt, aber noch nicht vollkommen durchgeführt. Die vorgeschriebenen Verriegelungseinrichtungen waren vorhanden, die einzelnen Notstellungen waren außerdem gegen Gesteinstaub noch besonders gesichert.

Erschütternde Einzelheiten.

Noch immer herrscht in Dortmund tiefste Trauer. Die Bewohner der Stadt sind wie gelähmt. Vor der Kirche staut sich die Menge noch immer. In den meisten Fällen konnten die Toten indentifiziert werden, nur einige wenige Vermisste sind so entsetzt, daß ihre Namen nur schwer festzustellen sind.

Furchtbare Reaktionen in der Grube

machten das Rettungswert überaus schwierig. Besonders die erste Sohle ist so zerstört, daß die Opfer dort bis jetzt noch nicht geborgen werden konnten. Die Rettungsmannschaften können nur äußerst vorsichtig ans Werk gehen, da noch immer giftige Rauchschwaben weitern Vorbringen verhindern. Die Stellungen, in denen die Rettungsmannschaften die Toten auffinden, zeugen von dem furchtbaren und zugleich heldenhaften Tobekampf, den diese Armeen, völlig abgeschliffen von der Oberwelt, durchgemacht haben. Manche Leichen wurden in hohen Stellungen, die Hand schwebend vor dem Gesicht, völlig verrotzt, vorgefunden. Ein anderer hatte mit Kreide ein Brett geschrieben: „Am 1. Ube lebte ich noch.“ Noch immer spielen sich vor der Unglücksgrube herzerstehende Szenen ab. Frauen schreien in Verzweiflung auf, andere weinen unaufhörlich, dann wieder sieht man drohende Arbeiterläufe sich gegen das Verwaltungsgebäude erheben. Nur mit äußerster Mühe können die mitfühlenden Wachleute die Menge zurückhalten.

Diskussion der Deutschen Rothilfe.

Anlässlich des Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Stein“ hat die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Rothilfe auf bringendes Ersuchen des Regierungspräsidenten im Einverständnis mit den maßgebenden Kreisen eine Diskussions für die notleidenden Hinterbliebenen eingeleitet. Spenden werden erbeten an die Zentrale der Deutschen Bank, Berlin, „Deutsche Rothilfe — Dortmunder Grubenkatastrophe“ oder auf das Postcheckkonto der Deutschen Rothilfe Berlin NW 7, 420. Außerdem hat die Reichsgeschäftsstelle aus eigenen Beständen als erste Hilfe 10 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Spende des preussischen Staatsministeriums.

Das preussische Staatsministerium hat anlässlich der Dortmunder Bergwerkskatastrophe als erste Hilfe 100 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Gerichtssaal.

Von der Anklage der Unterschlagung und der erschweren Untreue ist der 1888 in Schneeberg geborene Stadtschreiber Traugott Walthar Böhm in Schneeberg vom dortigen Schöffengericht freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hat dagegen Berufung eingelegt. Böhm ist seit 1913 städtischer Beamter. Er wird beschuldigt, als stellvertretender Sparfassenassessor aus der Handkasse und in einem Falle aus der Steuerabzugskasse gegen oft undatierte Platanweisungen städtischer Beamten, Geld gestohlen und auch für sich in dieser Weise einige hundert Mark entnommen zu haben. W. hat erst während der Revision auf den Platanweisungen die fehlenden Daten eingelegt. Manche Beamte hatten ohne Vorwissen des Bürgermeisters ihre Konten weit überzogen. Sie haben sich jedenfalls an Böhm, nicht an die Girokasse gewendet, weil sie bei letzterer nichts erhalten hätten. Der Leiter der Girokasse Lu. ist wegen ähnlicher Vorkommnisse wie sie Böhm schuld gegeben werden, suspendiert worden. Ein verurteilter Beamter, der durch W. Geld erhalten hat, ist bestraft worden, da er sich an der Girokasse vergriffen hat. Die Gürtigkeit des Angeklagten ist von verschleuderten Beamten ausgenutzt worden. Der Staatsanwalt beantragte die Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils und für die Verurteilung Böhms nach dem Erfindungsbeschluss wegen Untreue und Beamtenunterschlagung. Der Vorbericht hat W. nur aus subjektiven Gründen freigesprochen. Der Angeklagte wurde wegen Beamtenunterschlagung in Tateinheit mit Untreue in einem Falle zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, im übrigen aber freigesprochen.

Neues aus aller Welt.

Ein Grubenunglück. Auf der Grube Friederike bei Lindt in Herz ereignete sich durch vorzeitige Explosion eines Sprengschusses ein Unglück, durch das ein Steiger tödlich und zwei weitere Arbeiter schwer verletzt wurden.

Ein Auto in den Felsen gefahren. Karlsruhe, 13. Februar. In der Moselstraße Roselweih-Gäß fuhr heute abend das Automobil des Dr. Käufer aus Roselweih, das mit der Fahre über die Mosel setzen wollte, infolge eines falschen Hebelgriffes in die jurist hochgehende Mosel, in der es verankert. Der Wagenführer errettete sich durch Abzweigen rechtzeitig. Die beiden Anwesen des geschlossenen Wagens Dr. Käufer und seine Frau, ertranken.

Ein ungetreuer Lohnzahlungsbeamter. — 250 000 Mark unterschlagen. Der Inspektor Gustav Meier des Breslauer Krankenhauses hat bei der Auszahlung von Löhnen, die er in Krankenhäusern vorzunehmen hatte, Verrechnungen begangen. Die Höhe des durch Meier veruntreuten Betrages beläuft sich annähernd auf 250 000 Mark. Meier hat auf geschickte Weise Buchungsbelege gefälscht und dadurch das in ihn geleiste Vertrauen getrübt. Er hat als Lohnzahlungsbeamter höhere Beträge bei der Kasse angefordert, als er auszahlen hatte, und die überhöbete Summe zu seinem Privatnutzen verwendet. Außer Meier betrafte sich noch eine offenbar mitteilbare weibliche Person in Haft. Die Unterschlagungen erstrecken sich auf eine längere Zeit. Wann sie begonnen haben, läßt sich im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit sagen.

Attentat auf den D-Zug Berlin-Abn. Auf den D-Zug Berlin-Abn ist Freitag am späten Abend bei der Durchfahrt durch die Station Düsseldorf-Unterrath ein Anschlag verübt worden, indem mehrere Schüsse auf den Zug abgegeben wurden. Verletzt wurde niemand; lediglich zwei Fenster des Speisewagens sind durchlöchert. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

Wieder ein Laminen-Unglück. Auf einer Tour nach dem Schilhorn in der Schweiz wurden der Engländer Wils, der Sohn eines bekannten Pigarettenfabrikanten, und ein Fräulein Müller von einer Lawine überrascht und unter ihre Be-

graben. Fräulein Müller konnte sofort aus ihr befreit werden, während ihr Begleiter nach längeren Nachforschungen als Leiche geborgen wurde.

Die Haarlemer Blumenfelder vom Sturm geküßt. Der Ortan der letzten Tage hat in den Blumenfeldern bei Haarlem so starke Verwüstungen angerichtet, daß ein erheblicher Teil der Rosenanlagen vernichtet ist. Manche Blumenmächer haben ihr ganzes Vermögen verloren. Es wird eine öffentliche Unterstützungaktion eingeleitet, um den Geschädigten zu helfen.

Eine neue Studentensche. Das Studentenwerk Berlin e. V. eröffnet am kommenden Montag eine neue Mensa Academia im Erfrischungsraum der Universität. Damit geht ein alter Wunsch der Studentenschaft in Erfüllung, denn die bisherige Speisung in der Friedrichstraße vermochte lange nicht die Bedürfnisse der Studierenden zu befriedigen, sobald von den 8000 Studenten nur etwa 800 dort aßen. Abgesehen davon, daß die Mensa durch ihre Lage in der Unterstadt selbst dazu beitragen wird, den leider bisher sehr losen Zusammenhang der Berliner Studentenschaft zu gestalten, bedeutet sie auch in einer anderen Richtung einen grundlegenden Versuch: Zum erstenmal hier in Berlin soll der Betrieb der Mensa durch freiwillige studentische Hilfskräfte geleitet werden. Der Gedanke der studentischen Selbsttätigkeit, der in Berlin im Gegensatz zu anderen deutschen Hochschulen noch wenig gepflegt worden ist, wird hierdurch einen entscheidenden Antrieb erfahren. Es ist zu hoffen, daß bei der sehr wahrscheinlich starken Ausdehnung dieser Speisung auch die Universitätsbehörden, das ihre tun werden, um durch Bereitstellung der Räumlichkeiten das Werk zu fördern.

Eine Schiffsabgabe Kienenspitze. In Wladivostok ist kürzlich eine Ladung Kienenspitze aus Alaska angekommen, mit welcher der Unternehmer gute Geschäfte zu machen hofft. Die Bewohner des nördlichen Sibiriens haben nämlich eine besondere Vorliebe für Kienenspitze als Narkotikum. Das importierte Quantum wird die Bedürfnisse von 300 000 Kiangsbedalen für die Sommermonate decken.

Mitteilungen für uneheliche Kinder. Der englische Millionär Hector Casson hat annähernd eine Million Mark für unverheiratete Mütter und deren Kinder, die je nach ihren Verhältnissen durch eine Rente von einem bis fünf Jahren unterstützt werden sollen. Die Testamentvollstrecker sind angewiesen, diese Unterstützung nicht nur auf England auszuweiten, sondern sich auch in den übrigen Ländern mit einem entsprechenden Anteil an ähnlichen Stiftungen zu beteiligen.

Ein neuer Reformator der Herrenkleidung. Der frühere Gesundheitskommissar von New York, Dr. Thomas Darlington, hat sich sehr eingehend mit der Kleidung des Mannes von heute beschäftigt und sie für ein „einziges großes Verbrechen an der Gesundheit“ erklärt. Aber vom ästhetischen Standpunkt aus kommt er ebenso wie vom hygienischen zu einer vollständigen Verurteilung der Kleider, die die Herren tragen. So ist er der Ansicht, daß die Männer sich viel zu schwer anziehen und mit Kleibern überladen. Er empfiehlt daher für den Sommer weiße Röcke aus Seide, und um auch etwas Reinheit und Säuberheit in unsere düstere Männertracht zu bringen, schlägt er vor, die Herren sollten sich die weißelbenden Röcke mit bunten Bändern befehen lassen. Ueberhaupt sei es Pflicht des männlichen Geschlechts, sich in der Beachtung der Toilette nicht von der Frau übertreffen zu lassen, da ja auch im Tierreich des Männchen am Manne das Kleid das Weibchen in den Schatten stelle. Am Bureau und bei der Arbeit sollten die Herren starkefarbige Tücher anlegen, durch die auch ihre Arbeitsleistung gehoben werden würde. „Die Männer verlieren ihre Haare“, erklärt er, „weil sie Hüte tragen, die schwer sind, eng anliegen und keine Luft durchlassen. Sie setzen sich durch hohe steife Kränze der Gefahr des Stülpendes aus und erwärmen sich beinahe durch festanliegende Dofenträger, durch stramme Mäntel und strammgeschnürte Schuhe.“

Nur so verpackt!

Schwan im Blauband frisch geküht

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige Illustr. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Durch ihre Leistungen

kurzen Waschtage, keine Abnutzung der Wäsche, Ersparnis an Kohle und Zusatz, Vermeidung harten Reibens, ist die Sunlicht Seife jeder Hausfrau unentbehrlich.

Zur Abnahme und Kontrolle von Blechbearbeitungsmaschinen, namentlich Erzeugerpressen, sowie zur Aufstellung und Anleitung der diese Maschinen bedienenden Arbeiter wird eine auf diesem Gebiet durchaus erfahrene Persönlichkeit,

Meister oder Vorarbeiter

gesucht. Ausführlich gebaltene Angebote erbeten unter „A. T. 840“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

Patentanwaltsbüro Sach,
Leipzig, Brühl 2.

Esgerische Lieferfabrik sucht zum Vertriebe ihrer Edelstoffe tüchtigen, gut eingeführten

Bertreter

gegen Provision. Ausführliche Angebote mit Angabe von Referenzen erbeten unter „A. T. 839“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

Eine Anzahl gebrauchte

Kisten

zu verkaufen. Buchdruckerei Plasnik, Goettestraße 10.

Stadtanleihen

Blaubriefe

zu hohen Preisen gesucht. Angebote unter F. D. Nr. 4009 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Familien-Drucksachen

In sauberer Ausführung liefert schnell u. preiswert die Buchdruckerei des

Auer Tageblatt.

werte tief liegen, so Krankenbelagungen. Wegen für die kulturellen städtischen Lehraufstellungen. Rohw wurde der Kunath-Wein 870 Pfund Dreißig kann in diesem Grubach eine Beschaffung e. Dreißig des Volksgesand in diesen fügen Polyswagen und aus Dreißig Nachden eine Anfordern die unter den geistliche befestigungswauna, fern eine nächstlungen getzung oder. Erschließ Angerer soviel auf schiebung, Wolkenstein Wälsche. Die Wälsche hat eine Tiefe zwischen zu erschließen ralischer Ste einiger Ent aber kein m alkalisches Die bereits Wälsche un während de dessen glänge bad einen Die Erschließ Warmbad, wird, eine. Diese Muter. Kristallur. Allent dankbaren uneres B nach dem s neuerdings soners de anseer D auf die R Nach d dütendweife denke an die Höhe, durch verzerri. ist in der f kann man. Gro Eine s Prüfun. Fi

